



Zukunft der „Housing Area“ weiter ungewiss: Die Ausschreibung endet am 15. Mai.

Bild: Köhler-Lindig

Zukunft der „Housing“: Stadt strebt Kompromiss mit BIMA an

Gestern Abend: Gelnhäuser Parlamentarier geben vorbereitende Untersuchungen in Auftrag

Von Sabine Köhler-Lindig

GELNHAUSEN. Um das weitere Vorgehen in Bezug auf die Entwicklung der „Housing Area“ zu diskutieren, trafen sich gestern Abend – kurz vor dem Ende der Ausschreibung am 15. Mai – die Gelnhäuser Stadtverordneten zu einer Sondersitzung in der Stadthalle. Ziel der Stadt ist es, gemeinsam mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BIMA) eine gemeinsame Lösung zu finden. Gelingt dieser Kompromiss nicht, wird die Stadt schwere Geschütze auffahren. Einstimmig sprachen sich die Parlamentarier dafür aus, vorbereitende Untersuchungen für das Gebiet in Auftrag zu geben und mit der Bundesanstalt in Verhandlungen zu treten.

Grundsätzlich sei die Stadt Gelnhausen bei der Nutzung der „Housing Area“ kompromissbereit, so Bürgermeister Thorsten Stolz. Die Entwicklungen der letzten Wochen, unter anderem die juristische Begleitung (das GT berichtete), könnten als Gratwanderung bezeichnet werden. Ziel sei die Auflösung der Interessensgegensätze mit der BIMA.

Gelingen die Verhandlungen nicht, müsse die Stadt selbst aktiv werden, heißt es im Beschlussvorschlag. Die Folge wäre

eine Ausweisung des Areals als „städtebauliches Problemgebiet“.

Energisch machte der Rathauschef aber auch deutlich, dass einem „Investor, der meint, er könne mit den 322 Wohnungen einen schnellen Euro verdienen, das Leben verdammt schwer“ gemacht werden würde. „Wir werden alle Möglichkeiten des Bau- und Planungsrechts nutzen, um zu verhindern, dass 322 Wohneinheiten unkontrolliert auf den Markt gelangen“, sagte der Bürgermeister. Das erste Nutzungskonzept des Magistrats (das GT berichtete) sei so gestaltet, dass die wirtschaftlichen Interessen der BIMA berücksichtigt werden, so Stolz.

„Wir werden alle Möglichkeiten des Bau- und Planungsrechtes nutzen, um zu verhindern, dass 322 Wohneinheiten unkontrolliert auf den Markt gelangen.“
Bürgermeister Thorsten Stolz

Darüber hinaus sei ein Schulterchluss über die Parteien hinweg wichtig. Interfraktionelle Gespräche seien bereits in der vergangenen Woche erfolgt.

Der Bürgermeister nutzte die Sitzung für einen kurzen Rückblick: Die Zusammenarbeit mit der Bundesanstalt beim Verkauf von drei Wohnblöcken im Herzbachweg und der ehemaligen Grundschule sei „immer vertrauensvoll und gut“ gewesen. Die Gespräche und Kontakte

über eine künftige Nutzung der „Housing Area“ dagegen seien nicht zufriedenstellend verlaufen. Eine nationale Ausschreibung des Areals, wie sie nun erfolgt ist, sei nicht im Sinne der Stadt.

Die vorbereitenden Untersuchungen, für die sich die Parlamentarier aussprachen, beinhalten neben Untersuchungen zur Nutzung eine Prüfung der „Struktur“. Altlasten sowie die Verbesserung der Verkehrserschließung sollen geprüft und eine fußläufige Versorgungsstruktur innerhalb des Stadtquartiers und der angrenzenden Räume gesichert werden. Es gilt, das Areal städtebaulich aufzuwerten. Ziel ist eine nachhaltige Stadtentwicklung, sowohl ökologisch als auch ökonomisch und städteräumlich.

Der Beschluss finde die deutliche und klare Zustimmung seitens der CDU, so Fraktionsvorsitzender Rüdiger Rein. „Endlich wird umgesetzt, was die CDU schon lange fordert“, so der Christdemokrat. Die Vorlage trage die Handschrift seiner Fraktion. „jeder Teil gründet auf einer CDU-Idee“ und sei „in weiten Teilen CDU pur“. „Das heutige Ergebnis hätten wir schon viel früher haben können“, sagte Rein. Diese Äußerungen weckten den Unmut des SPD-Fraktionsvorsitzenden Ewald Desch: „Die Stadt hätte im Grunde seit 1994 die Chance gehabt, sich mit dem Abzug der Amerikaner vertraut zu machen. Wir hoffen angesichts der leeren Kassen, dass wir nicht selbst aktiv werden müssen“, spielte er auf das Angebot an, das die Stadt selbst für die „Housing“ abgegeben hatte.